

(A) (Wilmbusse [SPD])

dem nur einige wenige, aber notwendige Sätze. Herr Kollege Lindlar!

Erstens: Das Land stellt nach wie vor innerhalb des GFG 300 Millionen DM zur Verfügung. Zu sagen, das wäre gekürzt worden, ist völlig falsch. Was weggefallen ist, sind die Strukturhilfemittel des Bundes. Sie sind weggefallen, und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Die einzige Fraktion, die darauf eine Antwort gehabt hat, war die SPD-Fraktion. Sie können sich jetzt keine roten Federn an ihren schwarzen Hut heften. Das hat überhaupt gar keinen Sinn. Sie haben doch keine Antwort im Interesse der Gebührenschuldner gehabt. Wir haben doch vorgeschlagen, daß wir diese Gebühren subventionieren wollen, wenn auch in einem bescheidenen Rahmen und sehr vorsichtig. Und als wir diese Idee eingeführt haben, da hatten Sie allergrößte Bedenken.

Jetzt kommen Sie her und wollen nicht nur einen Zuschuß aus dem GFG zu den Gebühren geben, jetzt wollen Sie auch noch eine Zumutbarkeitsgrenze einführen und alles, was drüber ist, egal, wie die Gebühren berechnet werden, sollen aus dem GFG gezahlt werden.

(B)

Das ist gegen jede Vernunft. Das ist gegen jeden Rat der kommunalen Spitzenverbände. Tun Sie hier nicht so, als wäre das vernünftig. Lassen Sie das. Und wenn wieder einmal eine besondere Situation kommt, dann lassen Sie sich etwas Besseres einfallen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz liegen nicht vor. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung.**

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion die **GRÜNEN Drucksache 11/4798** - Gemeindefinanzierungsgesetz, § 16, Stichwort: Partnerschaftsprojekte mit Gemeinden der Dritten Welt und Osteuropa. Wer

(C)

für diesen **Änderungsantrag** ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Dann darf ich feststellen, daß dieser **Änderungsantrag** mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P. **abgelehnt** worden ist.

Ich rufe jetzt das **Gemeindefinanzierungsgesetz**, und zwar entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4717**, auf. Wer der **Beschlußempfehlung** folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß das **Gemeindefinanzierungsgesetz** in zweiter Lesung **angenommen** worden ist.

Ich lasse jetzt über die **Rücküberweisung des Gesetzentwurfes an den Haushalts- und Finanzausschuß** abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Es ist einstimmig so **beschlossen.**

Ich rufe die **Nummer 6** auf:

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4702**, **eröffne die Beratung** und erteile der Frau Abgeordneten Hieronymi für die Fraktion der CDU das Wort.

(D)

Abgeordnete Hieronymi (CDU): Meine Damen und Herren! Ich will nur einige Punkte ansprechen, damit ich einen Beitrag dazu leiste, daß wir zu einer vernünftigen Zeit nach Hause kommen.

(Allgemeines Oh!)

Herr Ministerpräsident, in Ihrer Regierungserklärung vom 11. November, mit der Sie uns nach Ihrer Krankheit begrüßt haben, haben Sie gefordert - und darin haben Sie unsere volle Unterstützung -: solidarisches Zusammenstehen in schwierigen Zeiten. Sie haben gefordert, Prioritäten zu setzen, um neue Handlungsspielräume zu gewinnen.

Bei der **Beratung des Einzelplanes 02**, des Einzel-

(A) (Hieronymi [CDU])

planes des Ministerpräsidenten, ist es die richtige Stunde, um diese Meßlatte in besonderer Weise anzulegen. Ich möchte sie auf zwei Fragen verkürzen.

Erstens: Wo wurde im Haushalt des Ministerpräsidenten gespart, um neue Aufgaben erfüllen zu können?

(Abgeordneter Büsow [SPD] [um das Rednerpult herum und durch den Saal gehend]: Beim Papier!)

- Herr Büsow nimmt jetzt Platz, und dann können wir in Ruhe fortfahren.

Zweitens: Wo wurden im Hause des Ministerpräsidenten Haushaltsansätze erhöht, weil Aufgaben offensichtlich besonders dringlich waren und deshalb zusätzlich Mittel zur Verfügung stehen mußten?

Um mit den Erhöhungen anzufangen! Deutlich erhöht wurden - wir haben das in jedem Jahr zu beklagen, und ich muß es in diesem Jahr leider auch wieder tun - die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit von Ministerpräsident und Staatskanzlei.

(B) Erhöht wurden die Mittel für die Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes in Höhe von 3,3 Millionen DM. Sie wurden mit einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung von 200 000 DM versehen.

Erhöht wurden die Mittel für die Durchführung von NRW-Festen. Sie wurden von 300 000 DM auf 700 000 DM und damit um über 100 % erhöht, unter anderem auch, um das NRW-Fest in Münster zu finanzieren. - Das ist richtig; es soll auch finanziert werden. In Zeiten knapper Finanzen aber muß das Geld dann umgeschichtet werden, wenn ein solches Fest so wichtig ist.

Nicht gekürzt wurde erneut der Ansatz für die Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung. Vielmehr wurde er sogar erhöht. Herr Ministerpräsident, in diesen Zeiten, in denen das Geld sehr sorgfältig umgedreht werden sollte, bevor es ausgegeben wird, erhöhen Sie den Ansatz für die Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung um 400 000 DM auf 2 Millionen - ein Mehr in Höhe von 25 %, das wir so nicht teilen.

(Beifall bei der CDU)

Wir suchen im übrigen Erhöhungsansätze in dieser Größenordnung z. B. im Sozialetat, wenn es um Hilfen für diejenigen geht, die dieser Hilfe besonders bedürfen.

Nicht gekürzt wurden natürlich auch die Lieblingsprojekte des Chefs der Staatskanzlei, Herr Minister Clement: die Medienpolitik. Zum Beispiel wird wie in jedem Jahr die Durchführung des Medienforums mit einer Million DM finanziert, einem Betrag, der im sozialen Bereich an vielen Ecken helfen könnte, wenn es z. B. um Förderung von Selbsthilfeinitiativen ginge. Wir haben beantragt, hier zu kürzen. Wir sind auch der Meinung, daß dieses Medienforum, das in Nordrhein-Westfalen einen wichtigen Standort bekommen hat, um der Sache willen - weil sich die Themen auch wiederholen - alle zwei Jahre durchgeführt werden könnte. Das würde völlig ausreichen. Es würde ihm sogar guttun.

Zweitens: Wir haben beantragt, daß nicht erneut 400 000 DM allein zur Förderung des Filmfestivals in Köln aus diesem Haushalt zur Verfügung gestellt werden. Wir sind der Meinung: Wenn Sie schon die Filmstiftung in dieser Höhe fördern, sollte der Zuschuß für das Filmfestival in Köln aus diesem Ansatz und nicht aus einem zusätzlichen Ansatz des Landeshaushalts finanziert werden.

Last not least: Mit 16,7 Millionen DM wird die Filmstiftung in Nordrhein-Westfalen auf Wunsch der Landesregierung im nächsten Jahr gefördert. In vier Jahren ist dieser Haushaltseinsatz explodiert: von null auf fast 17 Millionen DM pro Jahr. Es ist eine Aufgabe, die sicherlich wichtig ist, die aber im Verhältnis zu anderen Aufgaben - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dammeyer [SPD])

- Herr Dammeyer, es geht immer um das Abwägen, wo man die Prioritäten setzt. Wir als CDU setzen sie hier nicht und sagen: Wir wollen das Geld in diesen Zeiten woanders einsetzen.

Wo wird denn in diesem Haushalt überhaupt gekürzt? Ich will nur zwei Beispiele nennen, weil wir sie für in

(C)

(D)

(A) (Hieronymi [CDU])

besonderem Maße falsch halten und hier die Notwendigkeit sehen, daß Finanzen umgeschichtet werden. Gekürzt wird im Einzelplan 02 des Ministerpräsidenten an zwei sehr wesentlichen Stellen, wenn es darum geht, Hilfen für diejenigen zu gewähren, die Solidarität in besonderer Weise brauchen.

Erstens: Die Landesregierung kürzt bei den Maßnahmen zur neuen Flüchtlingspolitik. 14 Millionen DM standen im letzten Jahr zur Verfügung. Wir haben nicht die Ausgaben für neue Flüchtlingspolitik, sondern das Projekt, für das dieses Geld ausgegeben werden sollte, entschieden kritisiert. Die 14 Millionen DM standen für die Konsequenzen einer verfehlten Politik der Landesregierung gegenüber Roma und Sinti zur Verfügung.

Die Kritik, die von den Betroffenen, von den Flüchtlingsorganisationen und von den karitativen Verbänden, an diesem Projekt noch in den letzten Tagen in der Bilanz, im Rückblick geäußert worden ist, zeigt, daß wir mit unserer Kritik recht hatten, daß das Ausbügeln einer verfehlten Politik an einer Stelle wie hier, der verfehlten Bleiberechtspolitik gegenüber Roma und Sinti, nicht der richtige Weg ist, tatsächlich neue Flüchtlingspolitik zu machen.

(B) Sie haben endlich die Konsequenz gezogen, indem Sie dieses Projekt reduziert haben. Sie haben damit aber gleichzeitig den Ansatz, der aus Sicht der Union dringend notwendig ist - -

Statt Hunderte von Millionen auch in unserem Landeshaushalt für Asylsuchende, die hier nicht politisches Asyl suchen, auszugeben, sollten wir dieses Geld in eine wirksame Flüchtlingspolitik, die diesen Namen verdient, stecken. Wir haben dafür im letzten Haushaltsjahr - Sie erinnern sich - einen Betrag von 100 Millionen DM beantragt. Über diesen hätte sich gelohnt zu reden, und da hätte man Projekte entwickeln können. Sie reduzieren statt dessen den Betrag vom letzten Jahr von 14 Millionen auf einen Bruchteil davon und gestehen damit ein, daß der Weg, den Sie in Makedonien gegangen sind, nicht der richtige Weg ist.

Wir finden einen neuen Haushaltsansatz für neue Maßnahmen einer neuen Flüchtlingspolitik in Höhe von 2 Millionen DM. Herr Ministerpräsident, wenn

Sie Geld haben, um - ich habe es vorhin gesagt - fast 17 Millionen DM allein für die Filmförderung auszugeben, dann sollten Sie einen vernünftigen Ansatz, mit dem sich wirklich etwas machen läßt, für eine sinnvolle neue Flüchtlingspolitik in diesem Jahr ausweisen.

(Minister Clement: Sagen Sie das einmal der Bundesregierung!)

Der Hauptausschuß hat - und ich bin sehr froh, daß das einvernehmlich ging - an dieser Stelle wenigstens den Ansatz von 2 Millionen DM um 5 Millionen DM erhöht. Das ist im Verhältnis zu dem, was wir brauchten, ein Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb mein dringender Appell: Setzen Sie bei unseren begrenzten Finanzen die Prioritäten da, wo die Menschen es wirklich brauchen.

Ein zweiter Punkt, auf den ich hinweisen möchte, weil hier bei Menschen, die es dringend brauchen, gekürzt wird: Gekürzt wurde beim Deutschlandprogramm der Landesregierung. Dabei geht es mir nicht um die Personalkosten, an denen sich jetzt auch der Bund und die Partnerländer - für uns das Land Brandenburg - beteiligen werden. Mir geht es um die Aussage: Solidarität mit den neuen Ländern

(Die Beleuchtung im Saal wird merklich schwächer.)

- es ist sicherlich nicht zufällig, daß dabei das Licht ausgeht -, die von der Landesregierung, von Ihnen, Herr Ministerpräsident, auch in den Erläuterungen zu Ihrem Einzelplan gefordert wird. Ich zitiere mit Genehmigung der Frau Präsidentin aus den Erläuterungen zum Haushalt des Ministerpräsidenten:

Die Mittel sind vorgesehen für die Förderung der ökonomischen, ökologischen, wirtschaftlichen, technologischen, sozialen, wissenschaftlichen, kulturellen und denkmalpflegerischen Integration der östlichen Länder in das vereinte Deutschland.

Herr Ministerpräsident, 4,6 Millionen DM standen im letzten Jahr für diese Aufgaben zur Verfügung. Ich will hier gar nicht darüber streiten, inwieweit das ausreichend gewesen wäre.

(C)**(D)**

(A) (Hieronymi [CDU])

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Aber wenn Sie in diesem Jahr diesen Ansatz fast um die Hälfte, auf 2,5 Millionen DM kürzen, so kann das sicherlich nicht das hehre Ziel, das Sie selbst definiert haben, nämlich die Integration in all diesen Bereichen in den östlichen Ländern des vereinten Deutschlands, wirksam fördern helfen.

Deshalb hätte ich mir gewünscht, wenn - so wie wir das gemeinsam hier beraten haben - die Personalkostenzuschüsse hätten reduziert werden können, daß man dann eben in diesen verschiedenen Bereichen modellhafte Projekte entwickelt hätte und nicht, um das Loch im Landeshaushalt zu stopfen, hier eine so rigorose Kürzung um fast 50 % vorgenommen hätte.

Zwischen Ihren Worten und dem tatsächlichen Handeln an diesen wenigen Beispielen, Herr Ministerpräsident, liegen Welten. Öffentlichkeitsarbeit ausweiten, Hilfen für Menschen in Not dort kürzen, wo Sie wirklich helfen könnten, daß ist nicht unsere Politik. Deshalb lehnen wir den Einzelplan 02 ab. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile als nächstem Redner Herrn Kollegen Büssow das Wort. Die Fraktion brauche ich nicht mehr anzugeben, wir sind unter uns.

(Heiterkeit)

Abgeordneter Büssow (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte vorhin schon zu dem Ministerpräsidenten gesagt, daß ich überhaupt einmal Lust hätte, mich mit ihm allein zu unterhalten,

(Abgeordneter Henning [SPD]: Meinst du, dafür hätte er Zeit?)

aber es sind ja doch noch einige hier.

Es geht also um den Haushalt 02 des Ministerpräsidenten. "Und wo wird gespart?", fragen Sie, Frau

(C)

Kollegin Hieronymi. Wissen Sie, es ist eigentlich ein richtiger Minushaushalt. Wenn man nämlich die Aufgabenfülle des Ministerpräsidenten, der Staatskanzlei sieht

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Er ist ja auch für alles zuständig!)

und daran die bescheidene Steigerung dieses Haushalts mißt, ist es ein Minushaushalt.

Zur Öffentlichkeitsarbeit möchte ich eigentlich gar nicht mehr viel sagen, weil das natürlich zum Ritual der Opposition gehört.

Ich habe mir einmal angesehen, wie das denn in Bayern aussieht, in einem vergleichbaren Land mit weniger Einwohnern. Die geben beispielsweise im Bereich des Landespresseamtes 4,9 Millionen DM aus, bei uns sind das 3,3 Millionen DM. Bei Repräsentationsveranstaltungen geben die Bayern 4,2 Millionen DM aus. Dann gibt es noch einen eigenen Titel bei den Bayern, Kollege Rohde, "Besuch von ausländischen Gästen", 500 000 DM.

Wir haben im Hauptausschuß vereinbart, daß wir einmal darüber reden müssen, ob nicht ein Spiegel-Titel für Repräsentationszwecke auch beim Etat des Landtags vorzusehen ist. Ich möchte das hier noch einmal sozusagen pflichtgemäß erwähnen, daß wir das so diskutiert haben. Ich möchte das nicht weiter vertiefen, vielleicht noch daran erinnern, was das Landesverfassungsgericht angesichts der Öffentlichkeitsarbeit damals, am 15.10.1991, gesagt hat:

Öffentlichkeitsarbeit der Regierung ist nicht nur zulässig, sondern auch notwendig, um das Staatsbewußtsein

- Frau Hieronymi -

und die Identifikation der Bürger mit dem Staat im demokratischen Gemeinwesen lebendig zu halten.

Dem ist die Landesregierung gefolgt, und wir fanden es auch plausibel.

Ich wollte mich eigentlich heute ein bißchen mit den Anträgen befassen, die gar nicht das Plenum erreicht

(D)

(A) (Büssow [SPD])

haben, die nämlich die F.D.P. im Hauptausschuß gestellt hatte. Ich habe schon gehört, Herr Kollege Rohde wollte eventuell nur 30 Sekunden reden; nun könnte es sein, daß es etwas mehr wird.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: 35!)

Es waren Anträge - und die hatten mich nun interessiert - zur neuen Flüchtlingspolitik, zur Stiftung "Entwicklung und Frieden" und zum Thema Dritte Welt. Da hat die F.D.P.-Fraktion im Hauptausschuß ein krudes Nein eingebracht und gesagt: Das lehnen wir alles ab. Zum Beispiel dort, wo es um die Zuschüsse für den Einsatz junger Menschen in den Entwicklungsländern geht, fordert die F.D.P. die Streichung 660 000 DM. Damit wäre der Ansatz weg.

Oder die F.D.P. verlangte beispielsweise bei den Projekten im Ausland eine Streichung. Das finde ich, Herr Kollege Rohde, sehr bedauerlich. Wir hatten dann ja keine Zeit mehr, nachdem die Anträge vorgelegt worden sind, dies auch zu diskutieren.

Denn eigentlich zeigen Sie doch damit eine gewisse Begrenztheit oder Unfähigkeit, das Engagement junger Leute für Themen der Dritten Welt, die sich für ein besseres Verständnis für die Lage in den Entwicklungsländern einsetzen, zu unterstützen durch uns, durch das Parlament. Eigentlich müßten wir uns doch freuen, daß junge Menschen sich für die Lage von Menschen in der Dritten Welt einsetzen.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ausländerfeindlichkeit, Herr Kollege Rohde, gibt es in diesen Gruppen ganz bestimmt nicht. Und in diesen Tagen, meine ich, sollte man das fördern. Es wäre doch auch um die Verfaßtheit einer Gesellschaft gut bestellt, wenn es nicht nur darum geht - ich glaube, es war eine Ihrer ersten Reden hier im Parlament: Kies in der Tasche ist besser als Sand im Getriebe -, daß es in einer Gesellschaft um mehr als um Kies in der Tasche geht,

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

sondern daß in einer Gesellschaft Grundwerte behandelt werden und daß diese Grundwerte von Solidarität

(C)

beispielsweise aufgenommen werden von den Institutionen unseres Gemeinwesens und getragen werden von jungen Menschen in unserem Land.

Bei den Zuschüssen für Projekte im Ausland geht es, um nur einige zu nennen, um strukturelle Hilfen beim Aufbau der privaten Landwirtschaft in Rumänien, in Bulgarien, in Ungarn und im Baltikum; die Sanierung von Kinderheimen in Rumänien; die Ausbildung von Rumänen und Angehörigen der GUS-Staaten im Sozial- und Gesundheitswesen; die Lieferung von medizinischen Geräten und Medikamenten in rumänische Krankenhäuser zur Notversorgung; die Förderung von Universitätspartnerschaften und Wissenschaftler austausch zwischen den baltischen Staaten und Nordrhein-Westfalen sowie die Unterstützung zahlreicher privater Initiativen in Form von Transportkostenzuschüssen.

Wir haben ein so breites und erfreuliches Engagement in unserer Gesellschaft, die Hilfen in die GUS-Länder bringen, die selbst die Sachen sammeln und zusammenbringen, nur dann nicht das Geld für die Transportkosten haben. Wenn man nun die Not in diesen Ländern kennt - wir haben in den GUS-Ländern, Herr Kollege Dr. Rohde, dies persönlich mit eigenen Augen sehen können -, dann gehört doch eigentlich schon viel Kälte dazu, diesen Politikansatz der Landesregierung anzugreifen.

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir Sozialdemokraten, werte Kolleginnen und Kollegen, wissen nur zu gut, wenn das der Einwand sein sollte, daß mit diesen Haushaltsansätzen in einem Landeshaushalt die Not der Welt nicht abgebaut werden kann. Das wissen wir. Aber für die Menschen, die unsere Hilfe erreicht, verbessern wir ganz konkret ihre Überlebensbedingungen. Allein dieser Effekt würde alle Maßnahmen rechtfertigen, selbst wenn wir ihn nur als karitativ bezeichnen würden, der allein nicht zur Strukturveränderung führt. Tatsächlich sind aber unsere Hilfen strukturell angelegt. Das wissen Sie auch, Herr Kollege Dr. Rohde.

Was politisch noch wichtiger ist, liegt in dem exemplarischen Charakter dieser Politik: Hilfe zur Selbsthilfe. Alle Projekte zeichnen sich dadurch aus, daß sie von einheimischen Organisationen bzw. dezentralen

(A) (Büssow (SPD))

staatlichen oder kommunalen Stellen getragen werden, daß also Eigeninitiative freigesetzt wird.

Ich erinnere an das großartige Engagement des Caritasverbandes Essen in Mazedonien und in Rumänien und an das Engagement des Innenministers. Ich möchte hier auch nochmals erwähnen - ich habe es im Unterausschuß "Europapolitik" schon getan -: das großartige Engagement des Innenministeriums mit seinen Beamten. Es sind zwei Beamte, die das Projekt - im Nordirak - richtig getragen haben.

Neben Nordrhein-Westfalen haben auch andere Bundesländer im übrigen den Ansatz der neuen Flüchtlingspolitik, wie sie genannt wird, aufgegriffen. Ob dies der richtige griffige Begriff ist, weiß ich nicht. Aber wir haben uns darauf verständigt. Diesen Begriff haben wir zuerst definiert. Er wurde aufgegriffen von Niedersachsen und Baden-Württemberg und auch Bayern. Sie sehen für solche Projekte Haushaltsansätze vor.

Westeuropa kann es sich, um seiner eigenen Grundprinzipien willen, nicht leisten, sich auf Dauer nur als Wirtschaftsraum zu definieren. Wir müssen vielmehr andererseits auch Hilfsmaßnahmen im humanitären Bereich durchzuführen bereit sein. Es wäre doch eine fatale Verwechslung von Zielen und Methoden, von Zwecken und Instrumenten, wenn wir Europa etwa nur als ein ökonomisches Gefüge und nicht als einen gemeinsamen Kultur- und Lebensraum begreifen würden.

(B)

Die nordrhein-westfälischen Projekte in Mazedonien, Rumänien, Bosnien, im Nordirak weisen dabei Wege auf, wie nicht nur die anderen Bundesländer, sondern wie auch die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Gemeinschaft in Ost- und in Südosteuropa helfen können.

Wir Sozialdemokraten freuen uns übrigens, daß dieser Ansatz der neuen Flüchtlingspolitik nicht im Grundsatzstreit mit den anderen Parteien steht, weder mit der CDU noch mit den GRÜNEN. Deshalb nehmen wir zur Kenntnis, daß die F.D.P. in Nordrhein-Westfalen sich in dieser Frage in die Isolation begeben hat.

Zwar haben CDU, CSU und F.D.P. im Bundestag am 3. Juni 1992 zu unserem Thema "Entwicklungspoliti-

(C)

sche Maßnahmen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik" einen Antrag eingebracht, und auch in diesem Antrag wurde unter anderem die Verminderung der Fluchtursachen als ein Hauptziel der Antragsteller genannt - es war eine ganze Reihe von CDU- und F.D.P.-Abgeordneten -, aber für humanitäre Maßnahmen - das ist jetzt der eigentliche Punkt, auf den ich hier kommen will - im osteuropäischen Ausland außerhalb der Entwicklungshilfe sieht der Haushaltstitel des Auswärtigen Amtes für Flüchtlingshilfe im Ausland nicht mehr als 80 Millionen DM vor. Das ist nicht viel mehr, Herr Kollege Dr. Rohde, als die deutschen Bundesländer zusammen leisten, die ja eigentlich dafür keine Zuständigkeiten haben. Dies ist traurig. Denn schließlich ist das ein Ressort, das in der politischen Verantwortung der F.D.P. in der Bundesregierung liegt.

Aber auch der Einzelplan 23 des Bundesministers für Wirtschaftliche Zusammenarbeit kennt keinen Titel zur Fluchtursachenbekämpfung, wenn man einmal davon absieht, daß die Titelgruppe 02, nämlich Förderung von Maßnahmen, die der Reintegration und der Verbesserung der Beschäftigungslage in den Entwicklungsländern dient, auch für Maßnahmen zugunsten Rumäniens sowie der Nachfolgestaaten Jugoslawiens in Anspruch genommen werden können. Und hier handelt es sich um 73,5 Millionen DM. Damit, Kollege Dr. Rohde, tritt nämlich genau die Befürchtung der Entwicklungsländer ein, daß die Bundesrepublik Deutschland zugunsten Osteuropas die Mittel der Entwicklungshilfepolitik in Anspruch nimmt, und das dürfte eigentlich nicht sein.

(D)

Auch das Bundesinnenministerium, das beispielsweise für die Asylpolitik zuständig ist, sieht für 1993 lediglich Mittel in Höhe von 16 Millionen DM für die neue Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung vor, die damals, vor zwei Jahren, Wolfgang Schäuble der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Also große Worte; aber an Taten fehlt es.

Die F.D.P. verwirft also einen Politikansatz in Nordrhein-Westfalen, für den es auch bei präziser Zuständigkeitsbeschreibung weder bei der Bundesregierung noch bei der Europäischen Gemeinschaft etwas Entsprechendes gibt. Das ist natürlich besonders fatal in diesen Tagen, wo wir in dieser Form jetzt eine europäische Flüchtlings- und Asylpolitik diskutieren.

(A) (Büssow [SPD])

Lassen Sie mich in den letzten fünf Minuten noch ein Beispiel anführen. Es geht um den zweiten Hauptangriffspunkt, den die CDU zur Medienpolitik vorgetragen hat.

Alle Maßnahmen, die im Haushalt im Bereich der Medienpolitik vorgesehen sind, stehen in einem inhaltlichen und strukturellen Zusammenhang. Das weiß ja eigentlich auch die Kollegin Hieronymi.

Das Medienforum Nordrhein-Westfalen drückt nach außen sichtbar die Vitalität des nordrhein-westfälischen Medienmarktes aus. Darauf zu verzichten, wäre ja eigentlich nicht nur leichtsinnig, Frau Kollegin, sondern auch fahrlässig. Aber weil das Medienforum erfolgreich ist, greifen Sie es ja auch an; Sie sind ja in der Opposition. Dabei unterliegen Sie einem Irrtum: Es ist nicht allein ein Erfolg der Landesregierung und der SPD-Landtagsfraktion - gestatten Sie mir, daß ich sie einbeziehe -, sondern es ist eben auch ein Erfolg der Beschäftigten dieser Branche, die an die Zukunft des nordrhein-westfälischen Medienlandes glaubt.

Indem nach den GRÜNEN der Zuschuß des Landes zur Filmstiftung um 12 Millionen DM und nach CDU und F.D.P. um 4 Millionen DM gekürzt werden soll

(B)

- ich gehe von Ihren Anträgen im Hauptausschuß aus -, würden Sie die erfolgreiche Arbeit der Stiftung nicht nur schwächen; Sie würden sie tendenziell in Frage stellen, und das wäre ein verheerendes Signal für den Medien- und Filmstandort Nordrhein-Westfalen.

Das haben übrigens auch Abgeordnete der CDU, hier aus unserer Mitte, die sich sachverständig zur Medienpolitik geäußert haben, erkannt. Die beiden Damen - sie sind jetzt nicht hier; ich möchte sie dennoch zitieren - kommen in der Beurteilung des Filmfestivals und der Filmstiftung zu ganz anderen Ergebnissen als die Fachpolitikerin Frau Hieronymi, die ja für den Arbeitskreis Hauptausschuß der CDU spricht.

Frau Professor Möhrmann plädierte vor einem Jahr im Kulturausschuß ganz nachdrücklich - sie muß es auch wissen - dafür, daß das Kölner Filmfest kontinuierlich durchzuführen sei, und die Kollegin Robels-Fröhlich stellte in ihrer Kleinen Anfrage am 23. September 1991 bei der Sachverhaltsdarstellung

- ich zitiere - fest:

Ich unterstütze die Aktivitäten der Landesregierung, das Land Nordrhein-Westfalen als attraktive Medienlandschaft zu etablieren, einen neuen kulturellen Wirtschaftsraum zu erschließen und in Nordrhein-Westfalen ansässige und/oder hier ihre Projekte realisierende Produzenten zu fördern. In diesem Sinne begrüße ich auch die Einrichtung der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen und insbesondere den Einsatz von Landesmitteln.

Soweit die Kollegin Robels-Fröhlich! Sie hat völlig recht damit; denn die Statistik begründet es so - lassen Sie mich das kurz sagen -: 1991/92 wurden 76 Projekte gefördert, und zwar aus dem Bereich der Projektförderung und der Low-Budget-Förderung. Die Gesamtfördersumme von 76 Projekten umfaßte 59,1 Millionen DM, d. h. je Projekt ungefähr einen Betrag von 780 000 DM. Die kalkulierten Gesamtherstellungskosten für diese Projekte beliefen sich auf 274 Millionen DM. Das war 1991 in Nordrhein-Westfalen ein Effekt von 171 % der Fördersumme, 1992 von über 200 %.

Meine Damen und Herren von CDU und F.D.P. und in diesem Fall besonders von den GRÜNEN: Sie können sich bei den Haushaltsberatungen dieses Jahres auf die SPD verlassen. Wir werden Ihre Anträge, die dem Filmproduktionsland Nordrhein-Westfalen einen Schlag versetzen würden, ablehnen. Damit schützen wir Produzenten und Produktionsfirmen mit ihren Beschäftigten vor dem Aus bzw. vor dem Zwang, sich in Bayern oder in Berlin niederzulassen. Das ist also die umgekehrte Möbelwagentheorie - da müssen die Leute die Möbelwagen nicht wegen Ihrer Politik bestellen und das Land verlassen. Die Film- und Fernsehproduktion gehört zu einem guten Stück Zukunft für unser Land, und diese werden wir Sozialdemokraten sichern.

(D)

Wir lehnen Ihre Anträge zum Haushalt 1993 ab und übernehmen dafür auch gern die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

(A)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Rohde für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, Jürgen Büssow, ob es sinnvoll ist, Ihre Probleme als Unterbezirksvorsitzender in Düsseldorf für ein neues Feindbild "Achim Rohde" einzuspannen.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das können wir morgen machen!)

Ich verzeihe Ihnen. Nach der Wahl des Oberstadtdirektors werden Sie sich sicherlich entspannen.

Zwei Anmerkungen zu unseren Kürzungsanträgen: erstens zu der "Kälte", die Sie uns vorgeworfen haben, zweitens zu dem Begriff "Moral".

Was "Kälte" angeht, habe ich gesagt, die F.D.P. hielt es für sehr sinnvoll, die Ansätze für die Hungernden in Jugoslawien zu erhöhen.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Haben wir ja gemacht!)

(B) Das habe ich Ihnen für Ihre Beratungen extra mit auf den Weg gegeben. Das ist von Ihnen allerdings nicht mehr angesprochen worden.

Was "Moral" angeht, habe ich gesagt: Ich halte es für sinnvoll, in der Entwicklungshilfe umzusteuern, mehr für den Cordon sanitaire an unseren Ostgrenzen zu tun. Ich habe nicht gewußt, wie der Asylkompromiß, dem Sie ja jetzt zugestimmt haben, im einzelnen aussehen würde. Sie haben es mit Sicherheit nicht gewußt, ich wußte aber, in welche Richtung er lief. Daran halte ich fest. Es wäre entsprechend den Grundsätzen unserer Asylpolitik, die wir gemeinsam vereinbart haben, sehr sinnvoll, hierauf auch Entwicklungsansätze des Landes auszurichten.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Haben wir doch!)

Ich komme zum Ende: Sie würden sich sicherlich alle wundern, wenn ich dem Einzelplan 02 zustimmte. Da ich nicht möchte, daß Sie sich wundern: Die F.D.P.

(C)

stimmt dem Einzelplan 02 nicht zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das war mehr als 30 Sekunden!)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf jetzt Frau Kollegin Höhn für die Fraktion DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen im Hauptausschuß haben bei mir eines erreicht: Es keimt wieder die leise Hoffnung, daß auch eine Oppositionsfraktion im Landtag etwas bewirken kann und daß dieses Parlament eigene Anstöße in der NRW-Politik geben kann.

Wenige Tage vor den Haushaltsberatungen im Hauptausschuß wurden die Massenvergewaltigungen von Frauen in Bosnien-Herzegowina bekannt. Der Krieg mit seinen widerlichsten, brutalsten und grausamsten Ausprägungen wurde uns an diesen Beispielen wieder einmal deutlich:

Vergewaltigung als Erniedrigung der Unterlegenen, Vergewaltigung als Erniedrigung der Frauen gegenüber den Männern, Vergewaltigung als Teil einer systematischen ethnischen Säuberung, Vergewaltigung mit dem Ruf: Wir machen euch kleine Tschetniks!, Vergewaltigungen von Frauen, die so lange in den Lagern festgehalten werden, bis sie nicht mehr abtreiben können - der Versuch der Auslöschung einer ganzen Volksgruppe in diesem Krieg.

Die islamischen Frauen sind dabei aus mehreren Gründen die Schwächsten. Sie gehören der religiösen Gruppe an, die die wenigste Unterstützung bekommt, ihnen wird durch die Vergewaltigung meistens die gesamte gesellschaftliche Zukunft zerstört, da ihnen der Ausschluß aus ihren Familien droht.

Die Frauengruppe "Tresnjevka", die dort seit acht Jahren eine SOS-Notrufzentrale organisiert hat, die im Bereich Gewalt gegen Frauen arbeitet, hat mit der Dokumentation von Tausenden dieser Vergewaltigungsfälle, dieser Verbrechen, der Bevölkerung deutlich gemacht, was hier passiert. Ich denke, wir sollten

(D)

(A) (Höhn [GRÜNE])

dafür sorgen, daß Verbrechen dieser Art in Zukunft als Kriegsverbrechen anerkannt werden.

(Beifall bei GRÜNEN, SPD und CDU)

Das alles wurde einige Tage vor der Hauptausschusssitzung bekannt. Wir GRÜNEN haben spontan, um diesen Frauen zu helfen, einen Antrag auf Mittel in Höhe von 1,5 Millionen DM gestellt und in den Hauptausschuß eingebracht. Der Hauptausschuß hat dem einstimmig zugestimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zeigt, daß dieser Landtag, das Parlament, flexibel und unbürokratisch reagiert hat. Dafür bedanke ich mich bei Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatskanzlei hat sofort engagiert begonnen, diesen Auftrag des Parlaments umzusetzen. Der Staatskanzlei hierfür vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B)

Gerade angesichts der besonderen Situation der betroffenen Frauen, gerade angesichts der Tatsache, daß diese Frauen akut bedroht sind - einmal durch hohe Selbstmordtendenz, aber auch dadurch, daß die Verbrecher selbst in Zagreb versuchen, die Zeugen dieser Massenvergewaltigungen zu töten -, halten wir GRÜNEN es für unbedingt notwendig, daß diese Frauengruppen, die häufig die einzigen sind, die überhaupt Kontakt zu den Betroffenen herstellen können, in die Projektplanung entsprechend eingebunden werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hoffen, daß die Hilfe aus Nordrhein-Westfalen möglichst vielen Frauen in Bosnien-Herzegowina zugute kommt, meine Damen und Herren.

Herr Büssow, Sie haben eben von der "neuen Flüchtlingspolitik" in Nordrhein-Westfalen gesprochen. Ich muß sagen, daß wir viele Ansätze des Landes im Bereich Entwicklungszusammenarbeit für gut halten. Auch der Friedensdienst junger Menschen gehört dazu.

(C)

Aber wir halten auch einige Ansätze, die hier gemacht werden, für falsch, auch von der Struktur her. Das werden wir feststellen, wenn wir über den CDU-Antrag zu diesem Thema, der demnächst hier eingebracht wird, debattieren.

Wir haben uns entschieden gegen die neue Flüchtlingspolitik ausgesprochen, wie sie denn in Mazedonien mit Sinti und Roma durchgeführt wird. Wir meinen aber auch, man sollte sich nicht der Illusion hingeben, daß die Menschen dadurch, daß man ihnen dort unten hilft, auch dort bleiben würden. Die Vorstellung, von der auch der CDU-Antrag überzeugt ist, daß die Menschen durch Projekte vor Ort davon abgehalten würden, hierherzukommen, ist eine Illusion.

Wir müssen damit klarkommen und das bei unseren Projekten berücksichtigen, daß es eine Migration auf dieser Welt gibt und daß es diese Migration auch in Zukunft geben wird. Wir müssen uns also überlegen, in welcher Form diese Migration vonstatten geht.

Der zweite Punkt, der für uns sehr wichtig ist: Die bisher von der Landesregierung geförderten vielen kleinen Einzelprojekte, die wirksam sind und die mit ganz wenig Geld unheimlich viel erreichen - einzelne Gruppen von hier arbeiten mit einzelnen Gruppen vor Ort in den Ländern im Süden zusammen -, sollten auch in Zukunft unbürokratisch in der Staatskanzlei abgewickelt werden. Vielleicht sollte man überlegen, ob man nicht eine Stiftung außerhalb der Staatskanzlei schafft, die dafür Beratung stellt. Es muß Geld geben, damit solche Projekte auch weiterhin geplant werden können. - Ich höre Zustimmung von der Regierungsbank.

(D)

Meine Damen und Herren! Zu einigen anderen Punkten des Einzelplans 02: Ja, in der Tat, wir haben ähnliche Kritik wie die CDU an der Öffentlichkeitsarbeit und an der Finanzausstattung der Feste der Landesregierung. Auch wir haben diese Erhöhung abgelehnt und wollen hier Kürzungen durchführen. Da haben wir eine ähnliche Position wie die CDU.

Zur Filmstiftung - jetzt ist Herr Büssow gerade mit anderen Sachen beschäftigt - kann ich nur sagen: Ich halte es schon für abenteuerlich, was uns im Hauptausschuß dazu gesagt worden ist. Die Finanzierung

(A) (Höhn [GRÜNE])

der Filmstiftung ist momentan so angelegt, daß immer dann, wenn die Landesanstalt für Rundfunk über Gebühreneinnahmen mehr Überschüsse hat, die Zuschüsse des Landes entsprechend erhöht werden. Das ist überhaupt keine Begründung, mehr Mittel in die Filmstiftung hineinzutun,

(Beifall bei GRÜNEN und CDU)

solange keine inhaltlichen Kriterien vorgegeben werden. Solange diese Mittel nicht nach ganz bestimmten, für uns transparenten Auswahlkriterien vergeben werden, solange werden wir Kürzungsanträge stellen, und zwar zu Recht. Man muß sich sehr wohl angesichts der Finanzlage des Landes darüber unterhalten, ob zum Beispiel eben einmal eine Erhöhung von 1,7 Millionen DM in diesem Jahr zulässig ist. Der Landeshaushalt zahlt im nächsten Jahr 16,7 Millionen DM an die Filmstiftung. Das halten wir - bei aller Liebe -, Herr Büssow, einfach für zu hoch. Dagegen wehren wir uns auch.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe)

- Ja, ja, es tut mir leid. Jetzt kommen schon wieder die Sprüche. Okay, ich nehme das mit der Liebe zurück.

(B)

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Aber die Gelder sind nötig!)

Meine Damen und Herren, ich habe begonnen - -

(Weitere Zurufe)

- Ja, ja, ist okay. Bitte verzeihen Sie mir angesichts der späten Stunde, daß ich mich da eben in den Worten ein bißchen vergriffen habe. - Was?

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Aber die Gelder sind nötig! - Abgeordneter von Unger [CDU]: Das ist doch nicht schlimm!)

- Die Gelder sind eben nicht notwendig.

Meine Damen und Herren! Ich habe mit einem positiven Aspekt begonnen, ich möchte auch mit einem

positiven Aspekt schließen. Wir haben im Hauptausschuß 1 Million DM mehr für Bildungsarbeit bewilligt. Wir wollten noch mehr, aber der Ansatz ist richtig.

Wir haben ihn insbesondere auch deshalb bewilligt, weil wir gesagt haben: Es muß mehr für die Weiterbildung junger Menschen getan werden. Wir haben die Tendenz, daß gerade die Kids, die 13- bis 17jährigen, hingehen und Molotowcocktails in die Flüchtlingsheime schmeißen, dort Brandanschläge machen. Wir müssen wieder mehr Bildungsarbeit machen.

Das heißt nicht, daß wir durch reine Bildungsarbeit diese rassistischen und rechtsradikalen Tendenzen loswürden, aber auch das ist ein Aspekt, der aufgegriffen werden muß. Wir müssen allerdings auch in anderen Bereichen für die Jugendlichen mehr tun.

Von daher: Es gibt Ansätze im Hauptausschuß, die wir teilen, zu denen wir ja sagen. Es gibt Ansätze, die wir kritisieren. Auch die SPD muß damit leben, daß sie nicht in allen Punkten unsere Zustimmung bekommt.

Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt sieben Minuten von meiner Redezeit übrig. Ich denke, es freut Sie alle, daß Sie sieben Minuten eher nach Hause kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort erteilen.

Ministerpräsident Dr. Rau: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mich für die Diskussionsbeiträge bedanken, denen ich in unterschiedlichem Maße zustimmen kann. Lassen Sie mich nur einige Bemerkungen machen.

Frau Hieronymi, ich beginne mit der Öffentlichkeitsarbeit. Das höre ich nun seit 26 Jahren - jedes Jahr. Meine Sorge ist nicht, daß Sie es jedes Jahr wiederholen, sondern meine Sorge ist, daß Sie das auch in öffentlichen Veranstaltungen sagen und damit Desorientierung betreiben.

(C)**(D)**

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

Sie müßten sich einmal ansehen, was andere Gebietskörperschaften - um es wertneutral zu sagen - für Öffentlichkeitsarbeit ausgeben. Da müssen Sie sich einmal ansehen, was zum Beispiel die Koalition in Bonn zum zehnjährigen Jubiläum ausgegeben hat, um das zehnjährige Dienstjubiläum des Bundeskanzlers aus öffentlichen Mitteln zu feiern.

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Was für öffentliche Mittel?)

- Aus den Mitteln des Bundespresse- und Informationsamtes. So. Das können wir im einzelnen darstellen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Dabei gab es da gar nichts zu feiern! - Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Das kommt noch hinzu.)

Dann sehen Sie sich an, daß die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit beim Bund 1992 um 22 % gestiegen sind, während wir die Mittel nicht erhöht haben. Dann sehen Sie sich an, daß die Ausgaben der Bundesregierung für Öffentlichkeitsarbeit seit 1982 mehr als verdoppelt worden sind. Der Anstieg in Nordrhein-Westfalen beträgt weniger als 50 %.

(B)

Ich weise darauf hin, damit deutlich ist: Wir geben für Öffentlichkeitsarbeit in Nordrhein-Westfalen pro Einwohner im Jahr 19 Pfennig aus, Niedersachsen 30, Bayern 37.

Damit können wir uns gut sehen lassen. Wir halten eine solche Öffentlichkeitsarbeit nicht nur für erlaubt, sondern auch für geboten.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb meine ich, Sie sollten bei solchen Hinweisen die Vergleichszahlen immer mitliefern, damit man auch weiß, wo derjenige, der spricht, verwurzelt ist.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Wie bei den Lehrern!)

Ich komme auf das Thema "Repräsentationskosten". Ich will ihm keine lange Zeit zuwenden. Aber wenn Sie wüßten, wie viele Anforderungen und Besuchs-

(C)

angebote ausländischer Gäste wir zunehmend bekommen

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist ja gut!)

- nicht nur aus den osteuropäischen Ländern - und daß wir dafür dieses Geld brauchen, würden Sie diese Kritik nicht üben. Nur: Die Bezeichnung "Repräsentation" hat den Soupçon, als versorge sich der Ministerpräsident da selber. Davon kann keine Rede sein; das wissen Sie auch.

Ich kann mich an manche Gespräche auch mit den Fraktionsvorsitzenden erinnern, in denen mir gesagt worden ist: Bei diesem Titel sollten wir uns endlich um Gemeinsamkeit bemühen. Und: Hier seien angemessene Erhöhungen notwendig, damit wir uns nicht wie ein Armenhaus darstellten.

(Zurufe von der CDU)

- Nein, Herrn Linssen nehme ich da ausdrücklich aus. Das war vor Herrn Linssens Amtszeit.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Das ist ja hundert Jahre her!)

(D)

- Moment, das ist nicht hundert Jahre her; das ist noch keine sechs Jahre her. Sie wundern sich, Herr Linssen ist noch gar nicht so lange im Amt, wie Herr Reul es vermutet. Das mag Ihnen so vorkommen, das mag Sie bedrücken, aber das ist nicht so schlimm.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich will diesen Punkt damit abschließen, weil ich noch ein paar andere Bemerkungen machen möchte.

Erstens: Stichwort "neue Flüchtlingspolitik"! Frau Hieronymi, bitte sehen Sie die Zahlen im Zusammenhang, und bitte tun Sie das auch bei der Hilfe für die östlichen Bundesländer. Dann werden Sie feststellen: Wir haben das veranschlagt, was wir brauchen,

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Anderes ist auch nicht zulässig!)

nicht mehr und nicht weniger. Wenn sich das Projekt

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

in Skopje in den Schritten etwas verzögert und wir soviel nicht abfließen lassen können, stellen wir entsprechend weniger ein. Aber daß das Projekt in Skopje angenommen wird, daß das längst viel mehr auch als das ist, was Frau Höhn meint, und daß für die 40 000 Menschen, die in der Region leben, inzwischen nordrhein-westfälische Dienstleistungen erbracht werden, finde ich gut und richtig.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Diese neue Flüchtlingspolitik, auch Skopje, muß man fortsetzen. Mein Appell an alle anderen Länder und an den Bund, das zu tun, stößt inzwischen auf Verständnis, aber leider noch nicht auf Nachahmung. Ein Land wie Nordrhein-Westfalen allein kann das nicht leisten. Wir müssen auch die Außenpolitik umstellen. Es geht nicht mehr darum, welche Länder man anerkennt, sondern darum, wie man in welchen Ländern hilft.

(Beifall bei der SPD)

Dabei haben wir Deutschen eine Verpflichtung. Dieser Verpflichtung wollen wir nachkommen. Man muß Fluchtursachen und nicht Flüchtlinge bekämpfen.

(B) (Allgemeiner Beifall)

Weil es darum geht, machen wir eine solche Politik. Ich füge hinzu: Frau Höhn, Sie haben völlig recht, die Migration läßt sich damit nicht stoppen. Eine neue Flüchtlingspolitik, die alle Menschen da beließe, wo sie jetzt sind, halte auch ich nicht für erreichbar und denkbar. Nur: Daß wir uns angesichts von etwa 220 000 Aussiedlern je Jahr 1991 und 1992 aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, angesichts der Ströme aus Ost- und Südosteuropa bemühen müssen, da, wo es möglich ist, Menschen zum Bleiben zu veranlassen, und zwar nicht über die Verweigerung von Visa, sondern über das Schaffen von Perspektiven für sie,

(Beifall bei der SPD)

liegt unserer neuen Flüchtlingspolitik zugrunde.

Das macht die Bundesregierung auf ihre Weise. Wir haben gestern am Rande des Vermittlungsausschusses,

(C)

als es um die Rußlanddeutschen ging, darüber geredet. Ich denke, eine solche Politik muß man stärken und stützen.

Ich mache eine letzte Bemerkung, damit ich nicht die sieben Minuten verbrauche, die Sie, Frau Kollegin Höhn, uns in diesem vertraulichen Kreis freundlicherweise geschenkt haben,

(Heiterkeit)

und sage: Was die Filmstiftung angeht, kann ich Ihnen und auch Frau Hieronymi nicht folgen. Wir sind in Nordrhein-Westfalen jetzt auf einem langen und mühsamen Weg, das Medienland Nr. 1 zu werden. Dazu hilft das Medienforum, dazu hilft die Filmstiftung. Auch wenn das Millionen kostet, will ich die Vergleichszahl von Bayern nicht nennen. Sie ist ein Mehrfaches dessen, was wir ausgeben. Der Filmstiftung stehen in den ersten Jahren solche Beträge zur Verfügung, weil sie notwendig sind. Wir glauben, daß das hilft, die Wirtschaftsstruktur unseres Landes zu verändern und die Kulturstruktur unseres Landes zu verstärken. Deshalb tun wir das, wir halten das für richtig.

Daß alle drei Oppositionsfraktionen den Haushalt des Ministerpräsidenten ablehnen,

(D)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]): Damit müssen Sie leben!

damit muß ich leben. Das ist übrigens immer so gewesen, selbst bei Ministerpräsidenten, die anders hießen als ich. Da war es gelegentlich auch eine andere Opposition.

Aber ich gestehe Ihnen, weil es ein so schöner Abend ist: Als ich in der Mitte der Wahlperiode vor vierzehn Tagen - "Interviewkriege" ist zuviel, aber - den Austausch von Überlegungen für das Jahr 1995 bei Rohde und Vesper und dann den Einwurf von Linssen las, war ich sehr fröhlich; denn daß die Zeiten absoluter Mehrheiten vorbei sind, hat Herr Rohde ja auch 1988 auf seinen Eid genommen, und es hat sich 1990 als Irrtum erweisen lassen.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: 49,79 %!)

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

- Ich bin jetzt allerdings von den Mandaten ausgegangen, dann sind es natürlich viel mehr. Wir müssen jetzt nur aufpassen, daß wir nicht so viele Direktwahlkreise erhalten, daß wir mit den Überhangmandaten gar nicht mehr zurechtkommen, weil dann zu viele Fremde hier sind.

(Heiterkeit bei der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist richtig! Dafür müssen wir alle gemeinsam etwas tun!)

Ich wollte Ihnen sagen: Daß Sie den Haushalt des Ministerpräsidenten ablehnen, daß Sie seine Politik nur partiell gut finden,

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Oder auch heimlich!)

liegt bei Ihnen gewissermaßen im Amtseid begründet. Aber daß wir eine Politik zugunsten unseres Landes machen und daß das Land dabei vorankommt, wird gelegentlich auch von Ihnen bestätigt. Ihr Zögern verstehe ich. Ich will weiter versuchen, es zu widerlegen.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Danke schön. Wird weiter das Wort gewünscht? - Das sehe ich nicht. Danke schön. Wir können die **Beratung beenden**.

Wir stimmen ab über den Einzelplan 02 gemäß der **Beschlußempfehlung** des Hauptausschusses **Drucksache 11/4702**. Wer dieser **Beschlußempfehlung** seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist Einzelplan 02 gemäß der **Beschlußempfehlung angenommen**.

(Vorsitz: Präsidentin Friebe)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank!

Ich rufe Nummer 7 auf:

Einzelplan 04: Justizministerium

(C)

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4704**, **eröffne die Beratung** und erteile Herrn Abgeordneten Dr. Klose für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Dr. Klose (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan des Justizministers, der im wesentlichen die Rechtspflege betrifft, steht im Schatten vieler anderer Einzelpläne, so wie die Rechtspolitik des Landes überhaupt etwas am Rande steht. Aber das ist manchmal auch von Vorteil.

Wir sind aber in Zeiten, in denen der Einzelplan 04 größere Bedeutung verdient. Deshalb sind wir - diejenigen, die sich hierzu äußern werden - in einem Vorgespräch übereingekommen, auch zu später Abendstunde hierzu etwas zu sagen.

Ich meine, daß der Einzelplan 04 im Gefüge des Landeshaushalts überhaupt eine Bewertung erfährt, die seiner Bedeutung nicht gerecht wird. Der Haushalt, der die Rechtspflege betrifft, berührt damit einen der Kernbereiche des Staates: nämlich für den Rechtsfrieden, den Rechtsschutz seiner Bürger zu sorgen und diesen zu gewährleisten.

(D)

Das Faustrecht abzulösen durch eine Friedensordnung, die durch den Staat zu sichern ist, war das große Ergebnis des Ersten Allgemeinen Landfriedens von 1495. Wir sollten alles daransetzen, daß wir nicht in die Zeit des Mittelalters zurückfallen. Das hört sich etwas übertrieben an, aber es ist leider sehr viel Wahres daran.

Meine Damen und Herren, wir sind in einer Situation, in der die Rechtspflege in besonderem Maße in der Gefahr steht, ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen zu können. Wir klagen seit Jahren über die nicht ausreichende Rechtsgewährung. 1984, noch unter Ihrer Leitung, Herr Kollege Haak, hat in Bonn ein großes Symposium dazu stattgefunden. Viele gute Ideen sind entwickelt worden; verwirklicht worden ist fast nichts.

Wir sind in einer Situation, in der die Ansprüche an die Rechtspflege wachsen. Ich greife nur einen Punkt aus diesen Tagen auf: Wenn alle Demokraten - und das ist die Mehrheit der Bürger - fordern, daß rechts-